

Zeitschrift: Zivilschutz = Protection civile = Protezione civile
Herausgeber: Schweizerischer Zivilschutzverband
Band: 46 (1999)
Heft: 11-12

Artikel: Sicherheitspolitische Öffnung oder Alleingang?
Autor: Ulmer, Hans
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-369202>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 02.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Colloquium Sicherheitspolitik und Medien: Der Sicherheitsbericht 2000 auf dem Prüfstand

Sicherheitspolitische Öffnung oder Alleingang?

Weit über 300 Personen nahmen am 16. Oktober 1999 in Bern an der Veranstaltung des Colloquiums Sicherheitspolitik und Medien – einem Zusammenschluss von neu staatspolitischen Organisationen und dem Eidgenössischen Departement VBS – zum Thema «Sicherheitspolitik 2000» teil. Bei der Diskussion des neuen Sicherheitsberichts 2000 zeigte sich erneut das breite Meinungsspektrum, das von einer Ablehnung der vorgeschlagenen Öffnung bis zur Forderung nach der Unterstützung privater Friedensorganisationen reichte.

HANS ULMER

Der neue sicherheitspolitische Bericht 2000 verlangt die Neuausrichtung auf internationale Kooperation, auch im militärischen Bereich. Ohne eine breite Unterstützung durch die schweizerische Bevölkerung wird die neue Konzeption nicht zum Tragen kommen. Das «Colloquium Sicherheitspolitik und Medien», in dem neun zivile Organisationen zusammenwirken und das seit etlichen Jahren sicherheitspolitische Informationsveranstaltungen durchführt, hat das diesjährige Symposium Fragen nach der Umsetzung der neuen Sicherheitskonzeption gewidmet, wie Botschafter Philippe Welti vom Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport (VBS) zu Beginn erläuterte.

Kein Automatismus bei Auslandsinsätzen

Im Sinne einer Einführung skizzierte der Strategieexperte Gustav Däniker die Grundzüge des Berichts und rief dabei auch die Akzentverschiebungen in Erinnerung, welche aufgrund der veränderten weltpolitischen Lage nötig geworden waren. Zentrale Bedeutung hätten heute Friedenssicherung und Krisenbewältigung auf internationaler Ebene, wozu auch die Schweiz einen Beitrag leisten müsse. Mit einem strikten Alleingang seien die strategischen Ziele heute nicht mehr zu erreichen. Die internationale Kooperation muss deshalb gemäss Däniker zum festen Standbein der schweizerischen Sicherheitspolitik werden. Doch Koproduktion von Sicherheit kann sich nicht im Nehmen erschöpfen, sie setzt auch eine hohe Eigenleistung voraus. Er unterstrich aber ebenso deutlich, dass Auslandsinsätze von Schweizer Soldaten keinem Automatismus unterworfen sind: «Wir sind nicht ver-

pflichtet, irgendwelche Interventionen mitzumachen, wenn sie unseren Kriterien widersprechen.»

Eine internationale Sicht

Professor Pierre Lellouche, sicherheitspolitischer Experte und Abgeordneter der französischen Nationalversammlung, steuerte eine internationale Sicht bei. Er teilte die im Bericht enthaltene sicherheitspolitische Analyse, gab aber zu bedenken, dass bei den Folgerungen noch mehr auf die Entwicklungen im Umfeld zu achten sei. Dazu verwies er etwa auf die isolationistischen Tendenzen in den USA und auf die massiven Kürzungen von Verteidigungsbudgets in EU-Staaten. Diplomatisch teilte er seine Beurteilung auf in zwei Standpunkte. Als Freund der Schweiz begrüsse er die Kooperationsbereitschaft, halte die Neutralitätsvorbehalte für praktikabel und die Ansätze zur Professionalisierung der Armee für richtig. Als Wissenschaftler müsse er allerdings das Neutralitätsverständnis hinterfragen und zudem Zweifel an der Haltbarkeit des Milizsystems äussern. Im Verhältnis zu ihrer wirtschaftlichen Potenz verhalte sich die Schweiz auf internationaler Ebene zu passiv, meinte Lellouche. Die anschliessende Podiumsdiskussion stand unter der Leitung von Benedikt von Tscharnier, dem schweizerischen Botschafter in Paris. Regierungsrat Ulrich Fässler, Luzern, Professor Jürg Gabriel vom Zentrum für internationale Studien an der ETH Zürich, Bruno Lezzi, NZZ-Inlandredaktor und Generalstabsobers, Divisionär Martin von Orelli, stellvertretender Generalstabschef, sowie Nationalrätin Barbara Haering (sp, Zürich) und Nationalrat Ulrich Schlüer (svp, Zürich) legten kurz ihre Standpunkte dar. Gemäss Barbara Haering begrüsst die Sozialdemokratische Partei die Stossrichtung zu vermehrter Kooperation und zu intensiverer Aktivität in präventiven Massnahmen, doch werde das Instrumentarium zu wenig konkret umschreiben. Ausdrücklich müsste die weltweite Abrüstung gefördert und die Umverteilung bisheriger militärischer Mittel auf Solidaritätsmassnahmen gefordert werden. Haering will einen klaren strategischen Entscheid zum Uno-Beitritt und zur EU-Mitgliedschaft. Den Neutralitätsbegriff möchte sie durch Allianzfreiheit nach schwedischem Vorbild ersetzen. Ulrich Schlüer hat Zweifel an der Zielsetzung des Berichts: Soll er Sicherheit schaffen oder die Öffnung um jeden Preis begründen?

Nach Schlüer entspricht die Analyse dem Zeitgeist, aber nicht der wirklichen Lage. Der zunehmenden Gewalt werde mit «sprunghaftem Interventionismus» begegnet. Die Neutralität verpflichte die Regierung, sich nicht einzumischen. Humanitäre Hilfe sei hingegen zu gewährleisten.

Bewährungsprobe und Gratwanderung

Regierungsrat Ulrich Fässler zeigte, dass die Konzeption auch Konsequenzen für die Kantone hat. Auf die kantonale Militärlieferung könnte im Sinne der engeren nationalen Zusammenarbeit zwischen den Kantonen und mit dem Bund verzichtet werden. Fässler sorgt sich um die sehr beschränkten polizeilichen Mittel in der Schweiz. Eine vertiefte interkantonale und internationale Zusammenarbeit im Polizeibereich ist dringend. Klar trat er für die Erhaltung des Milizsystems ein, wobei die Dienstpflicht nach wie vor die Bedürfnisse der Armee abdecken müsse; eine freie Wahl des Dienstes komme nicht in Frage. Professor Jürg Gabriel kann sich mit dem Bericht weitgehend identifizieren. Sicherheit ist heute nicht mehr national zu gewährleisten, die Interdependenzen sind zu dicht geflochten. Bruno Lezzi sieht im Bericht eine Gratwanderung mit Widersprüchlichkeiten. Man sollte nicht nur von der gegenwärtigen Lage ausgehen, sondern langfristige Entwicklungen aufspüren und sich endlich aus «erstarrten Systemen» lösen. Das gegenwärtige Neutralitätsverständnis sei so gut wie überholt. Gegenwärtig stünden strategische Absichtserklärungen und das Handeln in der Realität teilweise noch im Widerspruch zueinander.

Divisionär Martin von Orelli erkennt in der internationalen Kooperation nicht eine Alternative, sondern eine Ergänzung der bisherigen Aufgaben der Armee. Allerdings müssen die Grenzen unserer Leistungsfähigkeit gesehen werden. Sie werden durch die verfügbaren Mittel und durch das Milizsystem gesetzt. Für die internationale Kooperation müssen wir jedoch ein Leistungsangebot haben, das glaubwürdig ist – und dafür setzen nicht wir die Massstäbe. Kooperation muss zudem auch geübt werden können. Botschafter von Tscharnier stellte fest, dass unsere Aussenseitenrolle unsere diplomatischen Bemühungen erschwert und schon der Uno-Beitritt vieles erleichtern würde. Schliesslich richtete Irene Thomann-Baur im Namen der Veranstalter den Appell an die Teilnehmer, die Diskussion hinauszutragen. Denn es gehe letztlich um existentielle Fragen der Schweiz, die in allen Kreisen der Bevölkerung gestellt und beantwortet werden müssen. ▣

NZZ 18.10.99